



Inhaltsverzeichnis

12.09.2025	taz.de: Kritik an Grünen wegen Atom-Transporten: Nein heißt ja	3
11.09.2025	wn.de (Westfälische Nachrichten): BUND will Transporte erst einmal aufschieben	5

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH



Kritik an Grünen wegen Atom-Transporten: Nein heißt ja

12. September 2025 14:58 | Medienart: Online | Visits/Monat: 16.000.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

Im Bundestag lassen die Grünen einen Antrag gegen Castor-Transporte durch Nordrhein-Westfalen durchfallen. Aktivisten und Linke kritisieren das. 12.9.2025 14:58 Uhr Demonstration der Bürgerinitiative „Kein Atommüll“ vor dem Zwischenlager in Ahaus Ende August 2025

Bochum taz | Im Streit über Dutzende drohende Castor-Transporte mit hochradioaktivem Atommüll durch Düsseldorf, das Ruhrgebiet und das Münsterland wächst bei Umweltschützer:innen und Anti-Atom-Aktivist:innen der Ärger auf die Grünen. „Die Grünen haben weder den Willen noch eine Strategie, diesen Atommülltourismus zu verhindern“, sagt Jens Dütting vom „Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen“. „Nicht nachvollziehbar“ sei der „Zick-Zack-Kurs“ der Partei, kritisiert auch Hartmut Liebermann von der Bürgerinitiative „Kein Atommüll in Ahaus“, die zu einer Demonstration am 4. Oktober aufruft.

Zuvor hatten die Grünen im Umweltausschuss des Bundestags einen Antrag der Linken abgelehnt, der gefordert hatte, das Parlament solle die Transporte von rund 300.000 hochradioaktiven Brennelementen aus dem Forschungszentrum Jülich im Rheinland in das Zwischenlager im rheinischen Ahaus zu verhindern. Die damit drohenden mindestens 50 Fahrten über die maroden Autobahnen des mit 18 Millionen Einwohner:innen bevölkerungsreichsten Bundeslands hat das dem Bundesumweltministerium unterstehende Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) Ende August genehmigt – und „Sofortvollzug“ angeordnet.

Dabei kritisieren Umweltschutz- und Anti-Atom-Bewegung die Transporte nicht nur als „gefährlich“, sondern auch als „unnötig“. Denn angeordnet wurden sie 2013 wegen angeblicher Erdbebengefahr in Jülich – doch mindestens seit 2022 ist auch dem BASE klar, dass es diese Gefahr gar nicht gibt. Verschwiegen wird das auch vom Landesverband der Grünen in Nordrhein-Westfalen, der die Transporte schon auf der Startseite seiner Website als unvermeidbar darstellt. „Wir Grüne“, beteuern sie trotzdem, „waren stets entschiedene Gegner der Atomkraft – und sind es bis heute“.

„Wir haben nicht gegen den Stopp der Transporte, sondern gegen den Antrag der Linken gestimmt“, rechtfertigt sich Jan-Niclas Gesenhues, dessen Bundestagswahlkreis Steinfurt im Münsterland liegt. „Einfach schlecht“ sei deren Antrag gewesen, sagt das Mitglied des Bundestags-Umweltausschusses. Gefehlt hätten Punkte wie „der Zugang von Initiativen und betroffenen Kommunen zu Gerichten, die aufschiebende Wirkung von Klagen und der Umgang mit dem vom BASE angeordneten Sofortvollzug“. Die

Grünen hätten den Antragsteller:innen eine Zusammenarbeit angeboten, sagt Gesenhues, der bis zum Ende der Ampelkoalition Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesumweltministerium gewesen war: „Die Linke ist darauf nicht eingegangen.“

Grüne unglaubwürdig?

„Schlicht unglaubwürdig“ sei die Argumentation der Grünen, hält die linke Bundestagsabgeordnete Mareike Hermeier dagegen: „Unser Antrag war schon eingereicht“, sagt die Sprecherin für nukleare Sicherheit. Änderungen seien nicht mehr möglich gewesen. „Die Grünen hätten sich enthalten können – oder einen eigenen oder zumindest einen Änderungsantrag stellen können.“ Der Widerstand der Grünen, findet Hermeier, beschränke sich auf „Sonntagsreden.“

Die Atommüll-Transporte trotzdem noch verhindern will der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND). In einem Eilantrag beim Verwaltungsgericht Berlin wehrt sich dessen NRW-Landesverband dagegen, dass das in der Hauptstadt ansässige BASE selbst die aufschiebende Wirkung seines Widerspruchs gegen die Castor-Transporte verneint. „Es ist dreist vom BASE, auf einem sofortigen Vollzug zu bestehen“, sagt die stellvertretende BUND-Landesvorsitzende Kerstin Ciesla. Plötzlich „dringlich“ seien die Transporte auf keinen Fall – schließlich liege der Atommüll wegen der damals vermuteten, aber nicht vorhandenen Erdbebengefahr schon seit 12 Jahren ohne Genehmigung in Jülich.

Eilantrag gegen Atommüll-Genehmigungen

BUND will Transporte erst einmal aufschieben

Ahaus

Castortransporte aus Jülich nach Ahaus sind genehmigt. Der BUND versucht, die Transporte erst einmal aufzuschieben. Per Eilantrag.

Die Umweltschutzorganisation BUND geht gerichtlich gegen die Genehmigung für die geplanten Castor-Transporte mit Atommüll aus Jülich nach Ahaus vor: Der Landesverband NRW hat einen Eilantrag beim Verwaltungsgericht in Berlin eingelegt.

Der BUND will damit erst einmal erreichen, dass durch den Widerspruch gegen die erteilte Transportgenehmigung eine aufschiebende Wirkung erzielt wird. Das Bundesamt für die Sicherheit in der nuklearen Entsorgung (BASE) hatte den Antrag der Umweltschutzorganisation gegen den sofortigen Vollzug der Transportgenehmigung für die Castoren zuvor abgelehnt.

Die Bürgerinitiative „Kein Atommüll in Ahaus“ begrüßt die Klage des BUND NRW ausdrücklich: „Für einen Sofortvollzug gibt es keinerlei vernünftigen Grund, nachdem der Atommüll in Jülich schon seit zwölf Jahren dort in ei-

nem Lager rumsteht, das gar keine Genehmigung mehr hat“, erklärt BI-Sprecher Hartmut Liebermann in einer Pressemitteilung.

Über Jahre hätten Forschungszentrum Jülich und Entsorgungsgesellschaft JEN alles getan, um den Neubau eines Lagers in Jülich zu verhindern. Dabei seien sie von den Bundesministerien für Finanzen und Forschung unterstützt worden. „Jetzt die Notwendigkeit eines Sofortvollzugs des Transports nach Ahaus zu behaupten, ist der reine Hohn“, so BI-Sprecher Hartmut Liebermann.

BUND will Prüfung abwarten

Das ist auch Dreh- und Angelpunkt in der Argumentation des BUND. Der BUND halte die vom Bundesamt für den Sofortvollzug der Transporte vorgebrachten Gründe nach wie vor für wenig stichhaltig, heißt es. Nach Ansicht des BUND ist der Transport der Brennelemente nicht hinreichend si-

cher. Bis zur Klärung der Sicherheitsfrage müsse die Genehmigung außer Vollzug gesetzt werden. „Erst nach juristischer Prüfung ist klar, ob die Transporte überhaupt rechtmäßig sind“, macht die stellvertretende BUND-Landesvorsitzende Kerstin Ciesla deutlich.

Für Unverständnis bei der BI in Ahaus sorgt zusätzlich noch eine Entscheidung der grünen Bundestagsfraktion im Umweltausschuss des Bundestags: Die hatte dort gegen einen Antrag der Linken gestimmt, auf die problematischen Castortransporte nach Ahaus zu verzichten und für den Neubau eines Lagers in Jülich einzutreten. Bei der Vorlage des Antrags am 26. Juni im Bundestag hatte sich der Vertreter der Grünen noch dafür ausgesprochen. „Dieser Zick-Zack-Kurs der Bundes-Grünen ist für uns nicht nachvollziehbar“, so BI-Vorsitzender Burkhard Helling.

Wörter:	376	Ausgabe:	Einzelausgabe
Autor/-in:	Redaktion Westfälische Nachrichten	Visits (VpD):	195.761 ¹
Ressort:	PLUS	Unique Users (UUpD):	34.000 ²
Rubrik:	Alstätte		
Medienkanal:	ONLINE		
Mediengattung:	Online News		
Medientyp:	ONLINEMEDIEN		

Weblink: <https://www.wn.de/muensterland/kreis-borken/alstaette/eilantrag-gegen-atommull-genehmigungen-bund-will-transporte-erst-einmal-aufschieben-3390102>

¹ von PMG gewichtet 07-2025

² gerundet agma ddf Ø-Tag 2023-03 vom 21.04.2023, Gesamtbevölkerung 16+